MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 4. NOVEMBER 2026

Veranstaltungen zum Gedenken an den Ungarischen Volksaufstand 1956

Der 23. Oktober hatte in diesem Jahr eine besondere Bedeutung: Zum 70. Mal jährte sich der Ungarische Volksaufstand von 1956, bei dem sich die Ungarn gegen die kommunistische Diktatur erhoben. Die Revolution wurde blutig niedergeschlagen. Rund 3.500 Ungarn verloren ihr Leben, mehr als 20.000 wurden verletzt. Das kommunistische Regime ließ 228 Menschen hinrichten, verurteilte über 20.000 zu langen Haftstrafen und internierte weitere 13.000. Rund 200.000 Ungarn sahen sich gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und ins Ausland zu fliehen. Der Jahrestag der Revolution wird seit der demokratischen Wende als Nationalfeiertag begangen. In Budapest fanden an mehreren Orten Gedenkveranstaltungen statt. Die Veranstaltungen begann schon am Vorabend mit der jährlichen Prozession von jungen Menschen mit Fackeln und der "Fahne mit dem Loch" (1956 schnitt man das kommunistische Staatswappen aus der Mitte der Flagge) von der Technischen Universität Budapest entlang der Donau zum Bem-Platz. Der Marsch erinnert an den Vorabend der ungarischen Revolution, als am 23. Oktober 1956 Studenten in einem Solidaritätsmarsch mit den unterdrückten polnischen Arbeitern von Posen zur Statue des polnischen Generals Bem gezogen waren, welcher die Ungarn im Freiheitskampf 1848/49 unterstützt hatte.

Nachdem am 21. Oktober Wladyslaw Gomulka im polnischen Oktober zum Generalsekretär bestellt worden war, glaubten viele Ungarn an einen Kommunismus mit menschlichem Antlitz oder noch besser an die Überwindung des Kommunismus selbst. Die 16 Forderungen der Studenten, darunter der Abzug der Sowjettruppen, Imre Nagy als Ministerpräsident, Mehrparteiensystem oder Presse-, Rede- und Meinungsfreiheit, wurden am Abend des 23. Oktober am ikonischen Bem-Platz vorgetragen. An der jährlich vom Rákóczi-Verband veranstalteten Gedenk-Prozession nimmt traditionell kein amtierender Ministerpräsident teil. Dieses Jahr kündigte Ministerpräsident Magyar jedoch seine Anwesenheit an und zog am Anfang der Prozession mit einer Fackel und der „Fahne mit dem Loch“, womit der der Veranstaltung einen politischen Charakter verlieh. An der Technischen Universität legten er und Minister für soziale Beziehungen und Kultur Zoltán Tarr Kränze nieder und hielten feierliche Reden am Bem-Platz.

Péter Magyar erwartete zahlreiche hochrangige internationale Gäste am Feiertag, von denen er viele schon gleich nach den Wahlen im April ankündigte. Der Ministerpräsident nannte damals namentlich den französischen Präsidenten Emmanuel Macron, den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan sowie den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu. Péter Magyar deutete jedoch an, dass er auch weiteren ausländischen Staats- und Regierungschefs Einladungen für den 23. Oktober geschickt habe. Obwohl rund 40 Länder Delegationen nach Budapest entsandten, wurden die meisten EU-Mitgliedstaaten durch Minister oder Parlamentspräsidenten vertreten und nicht durch ihre Regierungschefs. Letztendlich nahmen

aus dem Kreise der Politiker jedoch nur Ursula von der Leyen, die Präsidentin der Europäischen Kommission, und António Costa, der Präsident des Europäischen Rates, an der Veranstaltung teil. Auch die moldauische Präsidentin Maia Sandu und der georgische Ministerpräsident Irakli Kobachidse reisten nach Budapest.

Während einer feierlichen Sondersitzung des ungarischen Parlaments hielten Staatspräsident András Baka, Péter Magyar, Ursula von der Leyen, António Costa sowie Jens Stoltenberg Reden. Neben der Erinnerung an die Ereignisse von 1956 standen in den Reden insbesondere die Demokratie, die europäische Integration, die Beziehungen Ungarns zur Europäischen Union sowie die aktuellen politischen Veränderungen im Mittelpunkt.

Ministerpräsident Péter Magyar hielt auf dem Kossuth-Platz vor dem Parlament eine Rede über das Vermächtnis der Revolution von 1956, die nationale Unabhängigkeit und die aktuelle politische Lage. Nach 56 Glockenschlägen betrat er mit der „Fahne mit dem Loch“ die Bühne und begrüßte die Gäste sowie die noch lebenden „Helden der Revolution“. Magyar betonte, dass die Ereignisse von 1956 gezeigt hätten, wozu die Ungarn fähig seien, wenn sie zusammenhielten. Zugleich kritisierte er, dass der Nationalfeiertag lange Zeit von bestimmten politischen Kräften vereinnahmt worden sei. Eine zentrale Lehre der Revolution sei, dass Macht niemals wichtiger sein dürfe als die Freiheit des Landes. Mit Blick auf die Niederschlagung des Aufstands erklärte Magyar, dass die militärische Übermacht der Sowjetunion zwar eine Niederlage erzwungen, den Wunsch der Ungarn nach Selbstbestimmung jedoch nicht gebrochen habe. Er erklärte, dass Ungarn ein verlässlicher Partner Europas sein wolle und dass die gewonnene Macht nicht gegen die ungarischen Bürger eingesetzt werde.

Auf die Kritik Péter Magyars, dass die Oppositionspolitiker nicht an der Gedenksitzung im Parlament teilnehmen wollen, reagierte die Fidesz-Fraktion scharf und betonte, dass sie den Helden von 1956 nicht mit einem Ministerpräsidenten gedenken können, „der sein gesamtes politisches Wirken darauf aufbaut, die ungarische Bevölkerung bis aufs Äußerste zu spalten, der mit staatlicher Gewalt ein Einparteiensystem errichtet und der eine neue ÁVH auf die Gesellschaft losgelassen hat, die an die dunkelsten Zeiten des Kommunismus erinnert. Wir können das Jahr 1956 weder mit András Baka feiern, einem Richter, der die Henker der Revolutionäre schützt, noch mit Ursula von der Leyen, die gegen die Unabhängigkeit und Eigenständigkeit unseres Landes arbeitet.“

Die Oppositionsparteien hielten, wie auch in den Jahren zuvor, eigene kleinere Gedenkveranstaltungen ab. Die Teilnehmer auf der Veranstaltung der Fraktionen von Fidesz-KDNP trugen eine 1956 Meter lange Nationalfahne, sowie eine 400 Meter lange Székler-Fahne entlang des Budaer Uferstraße bis zum Bem-Platz, wo János Áder, ehemaliger Staatspräsident, János Bóka, Fraktionsvorsitzender der Fidesz, und Mária Schmidt, Historikerin und ehemalige Leiterin des Museums „Haus des Terrors” ihre Reden hielten. Zu Beginn der Gedenkveranstaltung verlas Zsuzsanna Hrágyel-Hankó einen Brief ihres Ehemannes, des Fidesz-Abgeordneten und ehemaligen Kultusministers Balázs Hankó, der sich im Zusammenhang mit der NKA-Affäre in Untersuchungshaft befindet. In dem Schreiben erklärte Hankó, er sei zum politischen Gefangenen geworden, weil er für christlich-nationale Werte eingetreten sei. Diese Aussage trifft insofern zu, dass Hankó wohl verstärkt konservative Kunstschaffende finanziell unterstützt habe.

Im Mittelpunkt der Gedenkreden standen die Unterdrückung während der kommunistischen Herrschaft, der Freiheitswille der Ungarn und die bleibende Bedeutung der Revolution von

1956. Die 1950er-Jahre waren von Verhaftungen, Schauprozessen, Internierungen und wirtschaftlicher Not geprägt. Nach einem Jahrzehnt kommunistischen Terrors erhob sich die ungarische Nation am 23. Oktober 1956 gemeinsam gegen das Regime, forderte nationale Unabhängigkeit, den Abzug der sowjetischen Truppen und freie Wahlen. Der Volksaufstand wurde zum weltweiten Symbol für Freiheit und Selbstbestimmung. Zugleich wurde betont, dass Freiheit keine Selbstverständlichkeit sei, sondern von jeder Generation neu verteidigt werden müsse. Auch heute gelte es, sich gegen Tyrannei, politische Unterdrückung und die Einschränkung demokratischer Rechte einzusetzen.

Regierung legt Haushaltsentwurf für 2027 vor

Die Regierung hat dem Parlament den Haushaltsentwurf für das Jahr 2027 vorgelegt. Dieser sieht Gesamtausgaben von 47.588 Milliarden Forint (130 Mrd. Euro) und Einnahmen von 42.485 Milliarden Forint (116 Mrd. Euro) vor. Das geplante Haushaltsdefizit beträgt damit 5.102 Milliarden Forint (13,9 Mrd. Euro) und liegt unter dem für 2026 veranschlagten Defizit von 7.110 Milliarden Forint (19,5 Mrd. Euro). Die Regierung rechnet für 2027 mit einem Wirtschaftswachstum von 2,4 Prozent und einer Inflationsrate von 3 Prozent. Das Haushaltsdefizit soll auf 4,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sinken, nachdem es im angepassten Haushalt 2026 noch 7,5 Prozent beträgt. Die Staatsverschuldung wird für Ende 2027 mit 77,2 Prozent des BIP prognostiziert. Bei den EU-Finanzmitteln plant Ungarn mit Einnahmen in Höhe von 2.126 Milliarden Forint (5,8 Mrd. Euro). Dem stehen voraussichtliche Beiträge zum EU-Haushalt von 964 Milliarden Forint (2,6 Mrd. Euro) gegenüber.

Die Regierung rechnet zudem mit jährlichen Mehreinnahmen in Höhe von 200 Milliarden Forint (548 Mio. Euro) durch die Einführung einer neuen Vermögensteuer. Diese sieht einen Freibetrag von bis zu einer Milliarde Forint vor, d. h., nur der darüberhinausgehende Teil des Vermögens ist steuerpflichtig. Der Steuersatz soll ein Prozent auf die Steuerbemessungsgrundlage zwischen einer und 100 Milliarden Forint (2,7 bis 274 Mio. Euro) betragen und ab einem Vermögen von 100 Milliarden Forint auf 1,5 Prozent steigen. Nach Schätzungen der Regierung wird die Steuer etwa 15.000 vermögende Privatpersonen sowie rund 2.000 Steuerpflichtige im Bereich der Vermögensverwaltung betreffen.

Ein Schwerpunkt des Haushaltsentwurfs ist die finanzielle Entlastung der Kommunen. Ab 2027 soll deren Verpflichtung zu Einzahlungen in den Regionalentwicklungsfonds entfallen. Dadurch sollen die Gemeinden um rund 30 bis 35 Milliarden Forint (82-96 Mio. Euro) entlastet werden. Zudem dürfen die Hauptstadt Budapest und die Bezirke künftig höhere Steuereinnahmen behalten. Zudem soll die Solidaritätsabgabe für Budapest um 20 Prozent und für die Bezirke um 17 Prozent gesenkt werden. Auch die bisherige Regelung zur Abschöpfung zusätzlicher Einnahmen aus der Gewerbesteuer durch den Staat soll abgeschafft werden.

Der Entwurf sieht mehr Mittel für die Bereiche Bildung, Gesundheit und Verteidigung vor. Die Ausgaben für das Gesundheitswesen sollen um rund 510 Milliarden Forint (1,3 Mrd. Euro) steigen. Davon sind 192 Milliarden Forint (526 Mio. Euro) für Gehaltserhöhungen von Pflegefachkräften und weiteren Beschäftigten im Gesundheitssektor vorgesehen. Dem Vorschlag zufolge wird auch die Gehaltsanpassung für Lehrkräfte fortgesetzt. Gemäß dem Gesetzentwurf erhalten Lehrkräfte und Dozenten ab 2027 eine durchschnittliche Gehaltserhöhung von fünfeinhalb Prozent und pädagogische Hilfskräfte eine von 15 Prozent. Dafür sind im Haushalt rund 181 Milliarden Forint (496 Mio. Euro) vorgesehen. Auch das

Verteidigungsbudget wird erhöht. Für 2027 ist eine Steigerung um fünf Prozent beziehungsweise 95 Milliarden Forint (260 Mio. Euro) geplant. Davon entfallen 75 Milliarden Forint auf höhere Personalausgaben der ungarischen Streitkräfte.

Die staatlichen Mittel für die öffentlich-rechtlichen Medien hingegen sollen deutlich reduziert werden. Während im Haushalt 2026 rund 141,3 Milliarden Forint (386 Mio. Euro) vorgesehen waren, enthält der Entwurf für 2027 lediglich 80 Milliarden Forint (219 Mio. Euro). Die finanzielle Unterstützung der Kirchen und kirchliche Institutionen soll hingegen weitgehend auf dem Niveau des Vorjahres bleiben. Für den Kulturbereich wurden die Mittel, trotz anderslautender Wahlversprechen, gekürzt.

Wekerle-Programm ersetzt Otthon Start

Ministerpräsident Péter Magyar kündigte am 19. Oktober im Rahmen der Vorstellung des Staatshaushalts für 2027 das Ende des von der Orbán-Regierung eingeführten Otthon-Start-Programms („Eigenheim-Start") an. Anschließend gab die Regierung bei einer Pressekonferenz am 27. Oktober bekannt, dass das Programm bereits ab dem 28. Oktober durch den Wekerle-Plusz-Kredit für den Immobilienkauf und -bau ersetzt wird. Der Markt hatte mit dieser Umstellung erst zum 1. Januar 2027 gerechnet. Weder die Verbraucher noch die Banken waren darüber informiert worden, dass das Programm praktisch von einem Tag auf den anderen eingestellt werden würde.

Auf der Pressekonferenz informierten Ministerpräsident Magyar Péter, Finanzminister Kármán András und Wirtschaftsminister Kapitány István über die Einzelheiten des Wekerle-Wohnungsbauprogramms, des damit verbundenen Kreditangebots sowie des Renovierungsprogramms.

- Am 28. Oktober startet das Kreditprogramm Wekerle Plusz, das das bisherige Programm Otthon Start unmittelbar ablöst. Wohnungskäufer, die bereits einen Kaufvertrag abgeschlossen haben, haben noch 15 Tage Zeit, einen Kredit im Rahmen des bisherigen Otthon-Start-Programms zu den alten Bedingungen zu beantragen.
- Die Einschränkungen werden verschärft. Während es beim Otthon-Start-Programm keine obere Altersgrenze gab, können das neue Programm nur noch Personen zwischen 18 und 41 Jahren in Anspruch nehmen. Die Altersgrenze wurde kurz darauf jedoch auf 45 Jahre angehoben. Personen über 45 Jahre sind damit vollständig von der Möglichkeit eines geförderten Kredits ausgeschlossen.
- Für den Kauf von Neubauwohnungen können Kredite weiterhin zu einem festen Zinssatz von 3 Prozent aufgenommen werden. Beim Kauf von Bestandswohnungen steigt der feste Zinssatz hingegen von bisher 3 auf künftig 5 Prozent. Bei einem Kredit über 50 Millionen Forint (137.000 Euro) mit einer Laufzeit von 25 Jahren bedeutet dies eine monatlich um 55.189 Forint (150 Euro) höhere Kreditrate. Über die gesamte Laufzeit müssen somit 16,6 Millionen Forint (45.000 Euro) mehr zurückgezahlt werden. Darüber hinaus können Personen mit einem Medianeinkommen beim Kauf einer Bestandswohnung künftig nur noch einen Kredit in Höhe von 36,8 Millionen Forint (100.000 Euro) aufnehmen, statt der bisherigen 45,3 Millionen Forint (125.000 Euro). Diese Änderung dürfte besonders viele

Menschen betreffen, da 90 Prozent der im Rahmen des bisherigen Programms erworbenen Immobilien Bestandswohnungen waren.

- Die Preisobergrenze von 1,5 Millionen Forint pro Quadratmeter bleibt bestehen. Zudem gilt weiterhin eine maximale Kaufpreisgrenze von 100 Millionen Forint (275.000 Euro) für Wohnungen und 150 Millionen Forint (410.000 Euro) für Einfamilienhäuser. Diese Obergrenzen werden erstmals 2028 indexiert, damit Bauträger und Projektentwickler unter verlässlichen Rahmenbedingungen planen und investieren können.
- Für die Kreditaufnahme sind weder die Verpflichtung zur Familiengründung bzw. Kinderplanung noch eine Eheschließung oder ein Nachweis über die Sozialversicherung erforderlich. Allerdings gilt im Gegensatz zum bisherigen Programm im neuen Programm eine fünfjährige Verpflichtung zur Eigennutzung. Die Immobilie darf weder vermietet noch als Büro genutzt werden, sofern der Käufer dort nicht seinen offiziellen Wohnsitz angemeldet hat.
- Ein Immobilienbesitz von mehr als 50 Prozent gilt als Ausschlusskriterium. Wer jedoch eine Immobilie geerbt hat oder dessen zuvor erworbene Immobilie einen Wert von weniger als 30 Millionen Forint aufweist, bleibt weiterhin kreditberechtigt.
- Die Regierung möchte im Rahmen des Programms mindestens 10.000 neue Mietwohnungen sowie zusätzliche neue Wohnheimplätze für Studierende schaffen.

Ex-Präsident der Ungarischen Nationalbank festgenommen

Der frühere Präsident der Ungarischen Nationalbank (MNB), György Matolcsy, ist am 21. Oktober 2026 von ungarischen Ermittlern festgenommen worden und befindet sich derzeit in Untersuchungshaft. Matolcsy stand von 2013 bis 2025 an der Spitze der Notenbank. Die Ermittlungen konzentrieren sich auf den Umgang mit öffentlichen Geldern, die während Matolcsys Amtszeit in Stiftungen der Nationalbank eingebracht worden waren. Im Jahr 2014 hatte die MNB die Pallas-Athéné-Stiftungen gegründet und ihnen mehr als 266 Milliarden Forint (730 Mio. Euro) aus dem Vermögen der Notenbank übertragen.

Nach Darstellung der Staatsanwaltschaft soll kurz vor dem Ende von Matolcsys Amtszeit im Februar 2025 eine fragwürdige Wertpapierleihe vereinbart worden sein. Dabei sollte die Kontrolle über eine zentrale Vermögensverwaltungsgesellschaft der Stiftung auf einen privaten Investmentfonds übertragen werden. Hinter diesem Fonds standen Geschäftsleute aus dem Umfeld von Matolcsys Sohn Ádám. Nach Ansicht der Ermittler sollte die Konstruktion sicherstellen, dass Matolcsy und ihm nahestehende Personen auch nach seinem Ausscheiden aus dem Amt Einfluss auf die Vermögenswerte behalten und Investitionen zu eigenen finanziellen Gunsten tätigen konnten. Matolcsy wird des Wirtschaftsbetrugs mit erheblichem Vermögensschaden sowie der Verwendung einer gefälschten Privaturkunde verdächtigt. Auch mehrere Personen aus seinem geschäftlichen Umfeld wurden festgenommen. Gegen seinen Sohn Ádám Matolcsy und einen weiteren mit den Stiftungen verbundenen Geschäftsmann wurden internationale Fahndungsmaßnahmen beantragt.

Die Ermittlungen im MNB-Fall begannen bereits im März 2025, noch während der Amtszeit der Orbán-Regierung. Der Fall war zuvor durch einen Bericht des ungarischen Rechnungshofs ins öffentliche Blickfeld geraten. Dieser hatte erhebliche Unregelmäßigkeiten bei den

Investitionen der Stiftungen und ihrer Vermögensverwaltung festgestellt. Auch Immobiliengeschäfte zu überhöhten Preisen sollen zu beträchtlichen Verlusten geführt haben.

György Matolcsy bestreitet die gegen ihn erhobenen Vorwürfe. Er hat bei seiner Vernehmung keine Aussage gemacht. Eine rechtskräftige Verurteilung liegt bislang nicht vor. Die Ermittlungen dauern an.

Ungarn modifiziert Kinderschutzgesetz

Am 13. Oktober 2026 stimmte das ungarische Parlament über das frühere Kinderschutzgesetz der Orbán-Regierung ab. Die Regierung sah sich aufgrund des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 21. April 2026, das einen Verstoß des ungarischen Kinderschutzgesetzes aus dem Jahr 2021 gegen EU-Recht feststellte, zu entsprechenden Nachbesserungen gezwungen. Das im Jahr 2021 erlassene Gesetz besagte, dass Minderjährigen keine Inhalte zugänglich gemacht werden dürfen, die „eine Abweichung von der der Geschlechtszugehörigkeit bei der Geburt entsprechenden Identität, die Änderung des Geschlechts sowie Homosexualität propagieren oder darstellen“. Dasselbe ausdrücklich formulierte Verbot wurde auch in das Werbegesetz, die Medienregulierung und das Gesetz über das öffentliche Bildungswesen aufgenommen.

Das neue Gesetz formuliert hingegen § 6/A des Kinderschutzgesetzes neu. Demnach ist es verboten, Minderjährigen pornografische Inhalte sowie Inhalte zugänglich zu machen oder zu verbreiten, die ihrem Alter und Entwicklungsstand nicht angemessen sind oder Sexualität um ihrer selbst willen darstellen. Das Verbot erstreckt sich auch auf Inhalte, die sexuelle Gewalt, sexuelle Ausbeutung, die Kontaktaufnahme zu sexuellen Zwecken oder Manipulation propagieren. Die ausdrückliche Nennung der Darstellung oder Propagierung von Homosexualität, einer Geschlechtsänderung und einer Identität, die vom bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht abweicht, ist im neuen Paragrafen nicht mehr enthalten. Durch das neue „Gender-Gesetz“ der TISZA-Regierung wird auch die ebenfalls 2021 eingeführte Datenbank für pädophile Straftäter, die Eltern durch direkten Zugriff dabei half, Personen zu überprüfen, die mit ihren Kindern in Kontakt kommen, unzugänglich gemacht. Die Änderung des Gesetzes wurde mit 139 zu 51 Stimmen beschlossen. Die Pikanterie der Abstimmung im Parlament bestand außerdem noch darin, dass die Magyar-Regierung über zwei Streitpunkte gleichzeitig abstimmen ließ. Zum einen ging es um die Frage der im Krankenhaus zurückgelassenen Neugeborenen, zum anderen um das Kinderschutzgesetz. In der Parlamentsdebatte schlug die KDNP-Abgeordnete Hajnalka Juhász vor, die Spreu vom Weizen zu trennen und über die Frage Säuglinge gesondert abzustimmen. Diesen Vorschlag würde man nämlich unterstützen, im Gegensatz zu den anderen umstrittenen Bestimmungen. Daraufhin warf Péter Magyar der Opposition vor, sie sei nicht bereit, den Schutz von Kindern zu unterstützen.

Spar bringt weitere EU-Beschwerde gegen ungarische Sondersteuer ein

Spar hat bei der EU-Kommission eine weitere Beschwerde gegen die ungarische Sondersteuer für den Lebensmitteleinzelhandel eingereicht. Nach Ansicht des Unternehmens benachteiligt die ungarische Regelung ausländisch geführte Handelsketten weiterhin systematisch. Während Unternehmen wie Spar 4,5 % ihres Jahresumsatzes als Sondersteuer entrichten müssen, liegt die Belastung für große ungarische Franchise-Netzwerke und kleinere inländische Marktteilnehmer bei maximal 0,15 %.

Auch die jüngste Gesetzesänderung, die eine Verringerung der Steuerlast ermöglichen soll, sei für große Handelsketten in der Praxis nicht umsetzbar. Wie Spar-Topmanager Peter Manhartsberger gegenüber der österreichischen Nachrichtenagentur APA erklärte, hat die neue ungarische Regierung die von der Orbán-Regierung vor Jahren eingeführte Sondersteuer nicht abgeschafft, sondern lediglich angepasst. Die Neuregelung ermöglicht es Händlern, sich in mehrere kleinere Gesellschaften aufzuteilen, um dadurch eine geringere oder gar keine Sondersteuer zahlen zu müssen. Manhartsberger betonte jedoch, dass ein Unternehmen wie Spar Magyarország mit mehreren hundert Filialen nicht in ebenso viele eigenständige Gesellschaften aufgespalten werden könne.

Die EU-Kommission hat Ungarn wegen der Sondersteuer und der Margendeckelung bereits vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) verklagt. Spar hatte sich wiederholt für ein EU-weites Vorgehen eingesetzt und dabei auch politische Unterstützung aus Österreich erhalten. Bereits im Jahr 2022 hatte das Unternehmen eine erste Beschwerde eingereicht.

Neues aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Zweiter Anlauf bei der Wahl des Generalstaatsanwaltes

Am Montag, dem 12. Oktober, stellte Staatspräsident András Baka mit Péter Fejes einen neuen Kandidaten für das Amt des Generalstaatsanwalts vor. Am Montag, den 2. November, signalisierte Ministerpräsident Péter Magyar in einem Facebook-Post die Zustimmung der Tisza-Fraktion. Damit galt die Zustimmung im Parlament bei der am 3. November stattfindenden Wahl als sicher. Fejes wurde mit 139 Ja- zu sechs Nein-Stimmen zum neuen Generalstaatsanwalt gewählt. Die Fraktionen der Fidesz und KDNP blieben der Abstimmung fern.

Der erste Kandidat, Zoltán Szathmáry, war von Ministerpräsident Magyar und der TISZA-Partei abgelehnt worden und scheiterte bei der Wahl im Parlament. Die Gründe dafür waren vielfältig. Zum soll Zoltán Szathmárys Bruder, István Szathmáry, als Mitarbeiter des Amtes für Verfassungsschutz in die Affäre um den Goldkonvoi verwickelt gewesen sein. Die TISZA-Partei bewertete diese familiäre Verbindung als problematisch und hielt den Kandidaten deshalb für politisch nicht tragbar. Wichtig zu betonen ist an dieser Stelle jedoch, dass es sich derzeit um Vorwürfe im Rahmen eines laufenden Verfahrens, nicht um einen rechtskräftigen Schuldnachweis, handelt. Zudem befürchteten Kritiker, dass ein Kandidat aus den bestehenden Strukturen der Staatsanwaltschaft möglicherweise zu wenig verändern würde.

Doch auch Fejes verfügt über jahrzehntelange Erfahrung als Staatsanwalt und war zuvor unter anderem als Hauptstaatsanwalt des Landkreises Veszprém tätig. 2012 wurde vom langjährigen und als fidesz-nah geltenden Oberstaatsanwalt Péter Polt dieses Amtes enthoben. Anschließend setzte er seine Laufbahn als Staatsanwalt bei der Oberstaatsanwaltschaft in Győr fort und war zuletzt als stellvertretender Oberstaatsanwalt des Komitats Vas tätig, bevor er Ende 2025 in den Ruhestand versetzt wurde.

Coca-Cola verkündet weitere Großinvestition in Ungarn

Die Coca-Cola HBC Magyarország startet in ihrem Produktionszentrum in Dunaharaszti ein Rekordinvestitionsprogramm im Umfang von 35 Milliarden Forint (95 Millionen Euro). Es handelt sich um die bislang größte Einzelinvestition in der Geschichte des Unternehmens in Ungarn. Die neue Investition wurde anlässlich der Feierlichkeiten zum 30-jährigen Bestehen des Produktionszentrums in Dunaharaszti von Zoran Bogdanovic, CEO der Coca-Cola HBC Group, bekannt gegeben. Er erklärte, dass mit dem Ausbau die Produktions- und Logistikkapazitäten erweitert, die Exporte gesteigert sowie neue Produktions- und Verpackungstechnologien eingeführt werden sollen. Geplant ist unter anderem der Bau eines Hochregallagers mit einer Kapazität von 30.000 Paletten. Außerdem soll eine neue Produktionslinie für kohlensäurehaltige und stille Getränke in Dosen installiert werden. Darüber hinaus werden die aseptischen Produktionskapazitäten ausgebaut. Dadurch können neben der Herstellung konservierungsmittelfreier Getränke auch der Wasser- und Energieverbrauch in der Produktion gesenkt und die CO_2-Emissionen reduziert werden. Bei der Jubiläumsveranstaltung erläuterten Wirtschaftsminister István Kapitány, Zoran Bogdanovic, CEO der Coca-Cola HBC Group, und Ágnes Kovács, Geschäftsführerin der Coca-Cola HBC Magyarország, die wirtschaftliche Bedeutung der Investition sowie die weiteren Pläne des Unternehmens. Wirtschaftsminister István Kapitány betonte, dass es für die ungarische Wirtschaft von besonderer Bedeutung sei, dass die heimischen kleinen und mittleren Unternehmen, die mit internationalen Großkonzernen zusammenarbeiten, nicht nur als

Zulieferer tätig seien, sondern auch technologisches Know-how und Kenntnisse in der Unternehmensführung erwerben könnten. In seiner Rede hob er hervor, dass das Unternehmen mithilfe modernster Technologien, ungarischer Arbeitskräfte und unter Einbeziehung heimischer Zulieferer Produkte herstelle, von denen ein erheblicher Teil für ausländische Märkte bestimmt sei. Besonders betonte der Minister, dass das Unternehmen derzeit von Dunaharaszti aus 17 Exportmärkte beliefere und gleichzeitig mit rund 830 in Ungarn ansässigen Zulieferern zusammenarbeite. Ágnes Kovács, Geschäftsführerin der Coca-Cola HBC Magyarország, erinnerte in ihrer Rede daran, dass Coca-Cola seit 1968 in Ungarn vertreten ist und das Produktionszentrum in Dunaharaszti 1996 seinen Betrieb aufgenommen hat. In den vergangenen drei Jahrzehnten hat das Unternehmen rund 140 Milliarden Forint in Ungarn investiert und dabei seine Produktionskapazitäten sowie seine logistische Infrastruktur kontinuierlich ausgebaut. Derzeit betreibt das Unternehmen in Ungarn zwei Produktionsstätten und acht Logistik- und Distributionszentren. Es beschäftigt mehr als 1.000 Mitarbeiter und unterhält Geschäftsbeziehungen zu rund 50.000 Partnern aus dem Einzelhandel und der Gastronomie. Im Werk in Dunaharaszti wurden 2025 knapp 528 Millionen Liter Erfrischungsgetränke produziert. Die in Ungarn hergestellten Produkte werden in insgesamt 17 Exportmärkte geliefert.

Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

Praktikumsausschreibung

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab sofort **neue Praktikumsstellen** an interessierte **Studenten aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir den Praktikanten eine Auslandserfahrung in einem dynamischen Team mit fachbezogenen und verantwortungsvollen Aufgaben, individueller Betreuung und voller ERASMUS+-Kompatibilität in den **Bereichen Forschung, Veranstaltungsmanagement, Kommunikation und Begabtenförderung**. Interessiert? Den Link zu unserer Ausschreibung finden Sie hier.

Veröffentlichungen

Bence BAUER, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, veröffentlichte auch im August Artikel in seiner wöchentlichen Kolumne bei Exxpress. Im Artikel mit dem Titel **„Wer wird UN-Generalsekretär?**“ vom **27. Oktober** analysiert er die Chancen des ehemaligen Ministerpräsidenten Viktor Orbán UN-Generalsekretär zu werden. Lesen Sie den Artikel hier. Im Artikel mit dem Titel **„Deutsche Einheit 36 – warum die DDR keine 41 wurde**“ vom **13. Oktober** analysiert er die Umstände der deutschen Einheit. Den Artikel finden Sie hier. In seinem Artikel **„Zwei Nationalfeiertage – eine Verbindung“** vom **11. Oktober** beleuchtet er innere Verknüpfung des österreichischen Nationalfeiertages vom 26. Oktober mit dem ungarischen Nationalfeiertag vom 23. Oktober. Den Artikel erreichen Sie hier. Am **3. November** erschien ein Artikel mit dem Titel **„Ein Jahrestag mit vielen Folgen**“, in dem er über den 3. November selbst schreibt, der in der deutschen Geschichte einen zweifachen Jahrestag markiert. Den Artikel finden Sie hier.

Am **9. Oktober** erschien ein Artikel von **Bence BAUER** in der Budapester Zeitung mit dem Titel **„Keine gedruckten politischen Tageszeitungen mehr“,** in dem er die Umgestaltungen in der ungarischen Medienlandschaft nach den Wahlen analysiert. Den Artikel finden Sie hier.

Am **23. Oktober** erschien in der Jungen Freiheit der Artikel **„Als Sowjetrussland in Ungarn die Freiheit erwürgte“** von **Bence BAUER** über den Volksaufstand von 1956. Den vollständigen Artikel erreichen Sie unter dem folgenden Link.

Am **24. Oktober** erschien in Die Tagespost ein Artikel von **Bence BAUER** mit dem Titel **„Panzer gegen die Freiheit“**, in dem er auf den Freiheitskampf der Ungarn 1956 zurückblickt. Den Artikel erreichen Sie hier.

Ebenfalls am **24. Oktober** erschien ein Artikel von **Bence BAUER** mit dem Titel **„Péter Magyar in Berlin - Besuch unter Freunden mit klaren Botschaften“** in der Preußischen Allgemeinen Zeitung in dem er im Vorfeld des Besuchs von Ministerpräsident Péter Magyar bei Kanzler Merz über die deutsch-ungarischen Beziehungen schreibt. Lesen Sie den Artikel unter diesem Link. Ein weiterer Artikel in der Preußischen Allgemeinen Zeitung erschien am **27. Oktober** mit dem Titel „**Verzweifelter Kampf gegen hinterlistige Sowjets”.** Den Artikel finden Sie hier.

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in Ihrem E-Mail-Fach zu finden sein.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit
Direktor: Bence Bauer
Zuständige Mitarbeiter: Tristan Csaplár, Eszter Grifatong
Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7
Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155
Web: https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/
E-Mail: mni@mcc.hu